

Wer sind wir ohne Staatsbürgerschaft? : Die Zugehörigkeit zu einem Land verschafft Rechte

Autor(en): **Bournane, Younes**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **111 (2017)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-731264>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer sind wir ohne Staatsbürgerschaft?

Die Zugehörigkeit zu einem Land verschafft Rechte

Wie können alle Menschen dort, wo sie leben, soziale, kulturelle und politische Rechte in Anspruch nehmen – unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Hautfarbe oder Migrationsstatus?

Das ist eine Grundfrage der Auseinandersetzung um mehr Demokratie. So wichtig die aktuellen Debatten um Teilhabe vor Ort sind («Urban citizenship», «Wir alle sind Stadt») – die Bedeutung der Staatsbürgerschaft ist nicht zu unterschätzen.

Wer in einer Umgebung lebt, in der man ständig mit AusländerInnen, EinwanderInnen und besonders auch mit Geflüchteten zu tun hat, dem oder der ergeben sich viele Fragen. Neben anderen Grundfragen steht das Problem der Staatsbürgerschaft im Brennpunkt. Für viele EinwanderInnen bleibt dieses Thema ein grosses Anliegen. Die meisten fragen sich: Was müssen wir tun, um eine Identität zu gewinnen? Wie werden wir StaatsbürgerInnen? Andere wollen wissen, warum der Staat ihnen keinen Aufenthaltsstatus gewährt.

Staatsbürgerschaft als zentrales Problem

Warum machen sich EinwanderInnen und Geflüchtete so viele Sorgen um die Staatsbürgerschaft eines europäischen Erstweltlandes? Die, die sie erhalten, freuen sich und sind stolz auf ihren Erfolg. Auf der anderen Seite leben die Geflüchteten und besonders die *Sans Papiers* trotz ihrer Bemühungen und Energien, die sie in den Kampf um eine Identität investieren, in einer Welt der Angst und Unzufriedenheit. Oft ist das erste Ziel der Geflüchteten nach der Ankunft

in Europa, Papiere zu bekommen und StaatsbürgerInnen Europas zu werden.

Um diese Problematik richtig zu erläutern und das Geheimnis der Bedeutung der europäischen Staatsbürgerschaft zu lüften, wenden wir uns zuerst der folgenden Frage zu: Was ist eigentlich Staatsbürgerschaft? Es gibt mehrere Begriffserklärungen. Kurz gesagt bedeutet die Staatsbürgerschaft Zugehörigkeit eines Menschen zu einem Land. Staatsbürgerschaft, *citoyenneté*, könnte aber auch bedeuten, dass eine Person, die sich in einem Land aufhält – mit oder ohne Nationalität dieses Landes – dort tätig sein und das Leben politisch mitbestimmen kann. Diese Person hat dieselben Rechte und Verpflichtungen dem Staat gegenüber wie alle anderen.

Eine Staatsbürgerschaft ermöglicht der Person Freiheit: Redefreiheit, Entscheidungsfreiheit, Glaubensfreiheit. Sie verschafft der Person das Recht auf Eigentum, das Recht auf ein eigenes Zuhause oder ein Auto, aber auch das Recht auf Aufenthalt, das Stimmrecht, das Recht, das Leben politisch mitzugestalten, das Recht auf Sicherheit und das Recht darauf, Nein zu sagen.

Ohne Staatsbürgerschaft keine Identität

Eine Staatsbürgerin, ein Staatsbürger hat alle diese Rechte. *Sans Papiers* im Vergleich haben diese Rechte nicht. Die Freiheit ist ihnen verwehrt. Sie dürfen nicht machen, was sie wollen – oder nur schon das nicht, was andere machen dürfen. Sie dürfen weder wählen noch sich daran beteiligen, und deshalb haben sie in den Augen des Gesetzes keine Rechte, sondern nur Verpflichtungen. Betroffen sind sie nur von einem Straf- und Ausländergesetz, das sie selbst nie beeinflussen werden dürfen.

Auf den Punkt gebracht: Wenn ich eine Identität habe, existiere ich. Die, die keine haben, nicht.

Es liegt in der Natur des Menschen, sich vervollkommen zu wollen und glücklich zu werden. Alle haben das Recht darauf. Der Mensch will in einer Gesellschaft mitmachen, will Sicherheit, will in Frieden leben. Wer eine Staatsbürgerschaft will, will das aus Liebe. Wer ein Land liebt aufgrund dessen, was er in diesem Land aufbauen könnte, wird dort seine Staatsbürgerschaft suchen.

Aber leider ist diese Liebe einseitig. Wie die Liebe der Gerechtigkeit und der Demokratie. Genau deswegen sucht ein *Sans Papiers* die Staatsbürgerschaft. Wenn man eine dieser Notunterkünfte

besuchen würde, verständete man, warum. Man sähe, wie diese Menschen unterdrückt sind und wegen ihrer Anwesenheit im Land bestraft werden. Sie leben in Löchern, sie betrinken sich, um ihre erbärmliche Lebenssituation zu vergessen. Sie haben genug davon, im Schatten zu leben, sie wollen kein von Angst geprägtes Leben mehr. Sie wollen einfach als Menschen respektiert sein. Deswegen wollen sie eine Identität.

Integration durch Exklusion?

Vor dem Hintergrund diesen Betrachtungen erkennt man die Bedeutung der Staatsbürgerschaft. Wenn wir ein Land und seine Leitideen, seine Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung loben, während Minderheiten ihre Rechte verwehrt werden, sie unter Ungerechtigkeit leiden und vom Gesetz anders behandelt werden, ist es kaum zu fassen, dass diese Menschen dennoch gezwungen werden, sich in jene Gesellschaft zu integrieren, die sie absichtlich am Rand halten will.

PS: Diese Widersprüche nehmen wir in Europa leicht in Kauf. Europas Länder sind direkt oder indirekt verantwortlich für Kriege und die Aufrüstung der Entwicklungsländer. Leider zahlen die Geflüchteten die Rechnung. ●

Younes Bourmane ist Aktivist in der Autonomen Schule Zürich und schreibt in der Papierlosen Zeitung.

www.bildung-fuer-alle.ch

www.papierlosezeitung.ch

Übersetzung aus dem Französisch: Lucy Godding



Podium des Zweiten Schweizerischen Kongresses für Fraueninteressen, 1921. Bild: Gosteli-Archiv